

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Corona-Pandemie: Strengere Maßnahmen sind leider notwendig
- SPD stimmt Nachtragshaushalt zu – und setzt eigene Schwerpunkte
- Schleswig-Holstein als Werftstandort sichern
- Reichskriegsflaggen sind ein Statement gegen die Demokratie
- In der Krise offenbart sich die Situation der Landwirtschaft

Corona-Pandemie:

Strengere Maßnahmen sind leider notwendig

Auch in der Oktober-Sitzung war das Thema Corona allgegenwärtig. Nach der Einigung der Bundeskanzlerin mit den MinisterpräsidentInnen gab es eine Regierungserklärung zu den verschärften Schutzmaßnahmen. Dazu und zur aktuellen Pandemie-Situation erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Angesichts der dramatisch ansteigenden Belegung der Intensivbetten in Deutschland haben wir nicht mehr viel Zeit, die Pandemie in den Griff zu bekommen.“

„Wir sind zwar in Schleswig-Holstein noch etwas hinter der Bundesentwicklung zurück, aber auch hier sind die Krankenhauskapazitäten nicht unendlich.“



Deshalb ist es auch für uns wichtig, dass es innerhalb des Novembers sicher gelingt, die Pandemiewelle zu brechen. Da wir dafür keinen weiteren Versuch haben werden, sind die Maßnahmen sehr tiefgehend. In der späteren Rückschau betrachtet kann es sich durchaus herausstellen, dass eine Maßnahme effektiver war als andere. Aber angesichts der drohenden Belastung unseres Gesundheitssystems können wir kein Risiko eingehen. Bei den Maßnahmen, die nicht durch das Infektionsgeschehen begründet werden können, ist es gut, dass wir jetzt Entschädigungskonzepte haben. Das gilt insbesondere für die Gastronomie, wo es viele gute Hygienekonzepte gab. Die neuen Regeln der Landesregierung von gestern waren in der Sache zwar richtig, jedoch war es ungünstig, diese einen Tag vor dem Treffen mit der Kanzlerin zu beschließen, bei dem etwas anderes herausgekommen ist. Wir begrüßen sehr, dass Kitas und Schulen offenbleiben. Alles andere wäre den von der Krise ohnehin schon stark gebeutelten Familien nicht zuzumuten gewesen. Natürlich wollen auch wir keine privaten Partys. Das kann aber nicht so weit gehen, dass das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ausgehebelt wird. Anlasslose Kontrollen von Privatwohnungen durch die Polizei wird es mit uns nicht geben.“

Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=EwHYjsH7KZU>

SPD stimmt Nachtragshaushalt zu – und setzt eigene Schwerpunkte

Der Entwurf der Landesregierung für den vierten Nachtragshaushalt sieht vor, Notkredite bis zu einer Höhe von weiteren 4,5 Milliarden Euro aufzunehmen, um unter anderem die Steuerausfälle der kommenden vier Jahre zumindest teilweise auszugleichen und die Investitionsfähigkeit des Landes bis 2030 zu sichern. Die Planungen gehen damit weit über die aktuelle Legislaturperiode hinaus. Sie erleichtern der Landesregierung in den nächsten Jahren die Arbeit, egal, von welchen Fraktionen sie bis 2030 getragen wird. Für uns war aber auch klar, dass wir mit eigenen Vorschlägen in die Gespräche gehen. Denn damit der Nachtragshaushalt beschlossen werden konnte, brauchte es eine 2/3 Mehrheit im Landtag – also auch die Stimmen der SPD-Opposition. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Angesichts der gewaltigen Kreditaufnahme kann es nicht nur darum gehen, kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen. Schleswig-Holstein muss nach unserer Auffassung von dem Finanzpaket langfristig und nachhaltig profitieren. Diesem Anspruch wurde der Vorschlag der Landesregierung nicht gerecht. Und wir freuen uns, dass es uns gelungen ist, unsere Schwerpunkte in die Verhandlungen einbringen zu können: Durch die Aufstockung der bislang vorgesehenen Hilfen für Kommunen stehen in den kommenden drei Jahren insgesamt 120 Millionen Euro für ein schlagkräftiges Schulbauprogramm bereit, denn da ist noch viel Nachholbedarf. Das IMPULS-Schulbauprogramm der Landesregierung war mehrfach überzeichnet – und damals haben wir noch nicht einmal an pandemiebedingte Umbaumaßnahmen gedacht. Und wir stellen noch einmal 14 Millionen Euro zur Verfügung, damit jedes Kind, das es braucht, einen Laptop oder Tablet für den Unterricht bekommt. Schade, dass die Koalitionsfraktionen sich immer noch nicht dazu durchringen konnten, die Kommunen vom Eigenanteil beim Digitalpakt zu befreien. Aber wir helfen dem Ministerpräsidenten gerne, so sein Versprechen zu halten, allen Schüler*innen in SH bis 2022 ein Tablet zur Verfügung zu stellen. Der eigene Regierungsentwurf sah da ja nichts vor. Damit die Innenstädte in unserem Land auch nach der Krise noch attraktive, lebendige Zentren sind, legen wir einen Entwicklungsfonds in Höhe von 10 Mio. Euro auf. Ab 2021 sollen aus diesem Fonds Fördermittel fließen für Innenstädte und Ortszentren zur Umsetzung des Programms „Neue Perspektive Wohnen“.

“Wir haben immer gesagt, dass wir alles Notwendige dafür tun werden, um die Krise gemeinsam zu bewältigen und stehen zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein!”



Ziel ist es, neue Konzepte und Ideen zu entwickeln, für Wohnen und Arbeiten im Zentrum, kinder- und familienfreundlich und barrierefrei. Darum wird auch der Fonds für Barrierefreiheit um 5 Mio. Euro aufgestockt. Wir konnten uns mit der Regierung auch verständigen über zusätzliche Investitionen in die soziale Infrastruktur

des Landes: Die Krankenhäuser haben nach den Verhandlungen insgesamt 128 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Damit sichern wir die Gesundheitsversorgung in der Fläche und auch coronabedingte Umbauten und Co-Finanzierung der Bundesprogramme. Im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sowie des studentischen Wohnens werden ab 2021 insgesamt 60 Mio. Euro in vier Tranchen zu je 15 Mio. Euro für nicht rückzahlbare Zuschüsse bereitgestellt, die dafür sorgen werden, dass der Wohnungsbau einen ordentlichen Schwung bekommt. 10 Mio. Euro werden in den nächsten beiden Jahren zur Verfügung gestellt für den Ausbau von solitären Kurzzeitpflegeplätzen – ein richtig gutes Signal!

Wir haben immer gesagt, dass wir alles Notwendige dafür tun werden, um die Krise gemeinsam zu bewältigen. Besondere Zeiten bedürfen besonderer Herangehensweisen. Deshalb haben wir dem Nachtragshaushalt zugestimmt und die 2/3 Mehrheit sichergestellt.“

Hier geht's zur Rede von Beate Raudies: <https://www.youtube.com/watch?v=6TvgGa-XV4>

Werften in der Krise:

Schleswig-Holstein als Wertstandort sichern

Die wirtschaftliche Lage der schleswig-holsteinischen Werften war schon vor Corona sehr angespannt. Durch die Pandemie hat sich diese Situation weiter verschärft. Die SPD-Fraktion hat deshalb einen Antrag (Drs. 18/2511) in die Oktober-Landtagsitzung eingebacht, in dem sie eine Zukunftsperspektive für den maritimen Schiffbau fordert. Dazu erklärt Serpil Midyatli:

„Bei den Werften zeigt sich die Schwäche von Daniel Günther. Während der ehemalige schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Meyer, als Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern, über eine halbe Milliarde Euro als Hilfe in Berlin rausgeschlagen hat, muss in Kiel die oppositionelle SPD das Thema mit einem Antrag überhaupt erstmal auf die Tagesordnung setzen. In Niedersachsen gibt es mit Stephan Weil einen Ministerpräsidenten, der sich vor seine Kreuzfahrtbranche stellt und zudem sein politisches Gewicht in Berlin nutzt, um Marineaufträge nach Niedersachsen zu holen. Auch Schleswig-Holstein braucht endlich einen Ministerpräsidenten, dessen Wort Gewicht hat und der die Interessen unseres Landes durchsetzt.“

„Die SPD steht an der Seite der IG-Metall und unterstützt ihre Forderung, dass die Landesregierung sich endlich tatkräftig für die Zukunft des Marineschiffbaus einsetzen soll.“



Nach dem Desaster um das MKS 180 reicht es nicht aus, dass in Kiel eventuell zwei Doppelhöhlentanker gebaut werden könnten. Ohne einen strategischen Dialog mit der Bundesregierung zur Perspektive des Marineschiffbaus und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die deutsche Marine ist es doch nur eine Frage der Zeit, wann in unseren Werften endgültig die Lichter ausgehen. Seit dem gemeinsamen Appel des Landtages im Januar hat Günther nichts gemacht. Den einzigen Gipfel zur Zukunft der Werften habe ich gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und den Betriebsräten der größten Werften im Norden Ende Februar durchgeführt.“

Verbot von Reichskriegsflaggen:

Reichskriegsflaggen sind ein Statement gegen die Demokratie

Zum Antrag der SPD-Landtagsfraktion, das öffentliche Zeigen von Kriegsflaggen früherer deutscher Staaten zu unterbinden (Drs. 19/2490), erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechtsextremismus, Tobias von Pein:

„Wer heute die Reichskriegsflagge und die schwarz-weiß-roten Flaggen des vordemokratischen Deutschlands öffentlich zeigt, tut das nicht aus Interesse an Geschichte. Er tut es, um gegen den demokratischen Rechtsstaat Stellung zu beziehen, so bei dem Versuch von Gegnern der Anti-Corona-Maßnahmen, den Bundestag zu stürmen.



„Diese Flaggen sind auch Erkennungssymbol für Rechtsextreme und müssen deshalb aus der Öffentlichkeit verbannt werden.“

Der Bremer Senat hat aus diesem Grunde vor wenigen Wochen die öffentliche Verwendung der Kriegsflaggen früherer deutscher Staaten, vom Norddeutschen Bund bis zum NS-Regime, mit einem Bußgeld belegt und die Einziehung der Flaggen angeordnet. Es ist gut, dass Bremen damit nicht allein steht. Es gibt in vielen Bundesländern Bestrebungen zu einem bundeseinheitlichen Vorgehen in dieser Frage. Auch unsere Landesregierung sollte sich dafür einsetzen. Bis es soweit ist, hindert sie niemand daran, landesspezifische Vorschriften nach dem Vorbild Bremens zu erlassen.“

Hier geht's zur Rede von Tobias von Pein: <https://www.youtube.com/watch?v=hmPyW2-UI5U>

Landwirtschaft in der Krise:

In der Krise offenbart sich die Situation der Landwirtschaft

Zur Situation der schleswig-holsteinischen Schweinehalter*innen hat die SPD zur letzten Landtagssitzung einen Berichtsantrag (19/2510) eingebracht. Dazu erklärt die landwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:

„Die schleswig-Holsteinischen Schweinehalter*innen sind durch die Auswirkungen der Coronakrise und der drohenden ASP (Afrikanische-Schweinepest) unter immensem Druck. Der Stau in den Ställen durch

eingeschränkte Schlachtkapazitäten führt zu erheblichen wirtschaftlichen Problemen auf den Betrieben und durch die dringvolle Enge in den Ställen auch zu Tierleid. Weiterhin werden Ferkel geboren, für die eigentlich kein Platz ist. Das ist eine Situation mit vielen Ursachen und bisher ist auch für Schleswig-Holstein keine Lösung in Sicht.



„In dieser Krise offenbart sich die Situation der Landwirtschaft, ein „Weiter so“ wird es nicht geben.“

Wir wollen eine nachhaltige Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein, wir wollen mehr Tierwohl, gute Haltungsbedingungen, eine flächengebundene Nutztierhaltung, wir wollen Landwirt*innen die mit einer tier- und umweltgerechten Nutztierhaltung die Existenz ihrer Betriebe sichern können, wir wollen ein staatliches Nutztierlabel, damit die Verbraucher*innen ihren Beitrag leisten können. Aber damit die Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert in Schleswig-Holstein auch gelingen kann, muss dafür gesorgt werden, dass die Vielfalt der Betriebe diese aktuelle Krise auch übersteht. Wir wollen für Schleswig-Holstein eine regionale Versorgung auch für die Zukunft erhalten. Das ist eine komplexe Herausforderung, der muss man sich stellen. Wir fordern die Landesregierung, den Landwirtschaftsminister auf, jetzt mit allen Beteiligten auf einem Schweinegipfel nach gemeinsamen Lösungen zu suchen!“

Hier geht's zur Rede von Kirsten Eickhoff-Weber im Landtag: <https://www.youtube.com/watch?v=3cKwEfmiTyw>